



Öffentliche **Beschluss**vorlage

Amt für Stadtentwicklung,
Stadtplanung,
Verkehrsplanung

27.06.2018

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Bartmann
Telefon: 492-6115
Bartmann@stadt-
muenster.de

Betrifft

Fortschreibung des Baulandprogramms 2018 - 2025

Beratungsfolge

04.07.2018	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung
04.07.2018	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Fortschreibung des Baulandprogramms 2018 – 2025 (Anlagen 1 bis 3) wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Baulandentwicklung gemäß fortgeschriebenem Baulandprogramm 2018 – 2025 erforderlichen liegenschaftlichen, planungsrechtlichen und erschließungstechnischen Schritte in den einschlägigen Arbeitsprogrammen der städtischen Fachämter zu verankern.
3. **Vor dem Hintergrund der hohen Priorität der Baulandentwicklung beauftragt der Rat die Verwaltung, spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2019 ein Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen, in dem Möglichkeiten einer beschleunigten und optimierten Prozess- und Projektsteuerung der Baulandentwicklung aufgezeigt werden.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt entstehen keine Kosten. Ggf. erforderliche Kosten der beteiligten Fachämter für zusätzliches Personal, Grunderwerb, Erschließung etc. werden zu den jeweils entsprechenden Zeitpunkten in gesonderten Vorlagen zur Entscheidung vorgelegt.

Begründung:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wohnen (ASSVW) hat in seiner Sitzung am 21.06.2018 zwei Änderungsanträge der SPD-Ratsfraktion sowie der CDU-Ratsfraktion gemeinsam mit der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL in Bezug auf den

Beschlusspunkt 3. der Ursprungsvorlage beschlossen (s. Anlage). Beide Änderungsanträge haben zum Ziel, dem Rat kurzfristig Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Prozesse der Baulandentwicklung weiter optimiert und beschleunigt werden können. Sie unterscheiden sich lediglich in der gewählten Terminologie und der zeitlichen Perspektive.

Die Verwaltung hält das mit den Änderungsanträgen verfolgte Anliegen, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen für sinnvoll und greift die Anträge zusammenführend in dem geänderten Beschluss-Vorschlag zu Zf. 3. dieser Ergänzungsvorlage auf. Da zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, ob die Erarbeitung und verwaltungsinterne Abstimmung eines solchen Konzeptes zur optimierten Prozess- und Projektsteuerung bis zur nächsten Ratssitzung am 19.09.2018 abschließend gelingt, wurde die Formulierung des SPD-Antrages aufgegriffen, ein solches Konzept spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2019 dem Rat vorzulegen.

In Vertretung

Denstorff
Stadtbaurat

Anlage: Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion sowie gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL